

Beschlüsse

zur Drucksachenummer

01019/2017

Straßenbaubeiträge abschaffen - Novellierung KAG

Beschlüsse:

20.03.2017	Stadtvertretung
025/StV/2017	25. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Bemerkungen:

1.

Es liegt folgender Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion vor:

„Die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin beauftragt den Oberbürgermeister, sich beim Landtag für eine Novelle des Kommunalabgabengesetzes M-V mit dem Ziel einzusetzen, den Kommunen ein Ermessen bei der Erhebung von Straßenbaubeiträgen (§ 8 KAG) einzuräumen.“

2.

Die Fraktionen Unabhängige Bürger und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Antrag stellende Fraktionen ergänzen ihren Antrag wie folgt:

„Die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin beauftragt den Oberbürgermeister, sich beim Landtag für eine Novelle des Kommunalabgabengesetzes M-V mit dem Ziel einzusetzen, die Pflicht zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen (§ 8 KAG) abzuschaffen *und den Kommunen ein Ermessen bei der Erhebung von Straßenbaubeiträgen (§ 8 KAG) einzuräumen.*“

3.

Anträge, die nicht vom Hauptausschuss vorberaten sind, müssen auf Antrag des Oberbürgermeisters, eines Fünftels aller Mitglieder der Stadtvertretung oder einer Fraktion oder der Antragstellerin oder des Antragstellers dem Hauptausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden (§ 8 Abs. 3 Geschäftsordnung der Stadtvertretung). Die SPD-Fraktion beantragt die Überweisung.

4.

Es erfolgt eine Aussprache. Im Zuge der Aussprache zieht die SPD-Fraktion ihren Antrag auf Überweisung in den Hauptausschuss zurück.

5.

Die AfD-Fraktion und das Mitglied der Stadtvertretung Herr Stefan Schmidt stellen folgenden Änderungsantrag:

„Die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin beauftragt den Oberbürgermeister, sich beim Landtag für eine Novelle des Kommunalabgabengesetzes M-V mit dem Ziel einzusetzen, die Pflicht zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen (§ 8 KAG) abzuschaffen.“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei fünf Dafürstimmen und zwei
Stimmenthaltungen abgelehnt

6.2

Der Stadtpräsident stellt sodann den Ergänzungsantrag der Fraktionen Unabhängige Bürger und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin beauftragt den Oberbürgermeister, sich beim Landtag für eine Novelle des Kommunalabgabengesetzes M-V mit dem Ziel einzusetzen, die Pflicht zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen (§ 8 KAG) abzuschaffen und den Kommunen ein Ermessen bei der Erhebung von Straßenbaubeiträgen (§ 8 KAG) einzuräumen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei 11 Gegenstimmen beschlossen